

## Buchbesprechungen

*Nowotny, Ewald: Studien zur Wettbewerbsintensität in der österreichischen Wirtschaft. Wien 1978, Orac. 409 S. öS 290,—.*

Die vorliegende Publikation ist das Ergebnis einer Team-Arbeit. Sie besteht aus Fünf Einzeluntersuchungen, deren Verfasser durch die Mitarbeit und Beratung von weiteren sieben — im Vorwort genannten — Ökonomen unterstützt wurden. Verfasser und Titel der fünf Studien sind folgende:

*E. Nowotny und H. Walther, Zur Wettbewerbsintensität in Österreich: Ergebnisse von Befragungen und Interviews.*

*A. Guger, Marktstruktur und Stabilisierungspolitik.*

*H. Walther, Preisstreuung auf der Einzelhandelsebene als Wettbewerbsindikator.*

*H. Walther, Die Wirkung von Preisänderungsaktionen im Rahmen der Preisregelung durch die Paritätische Kommission.*

*H. Suppanz, Objektive Wettbewerbsindikatoren für Österreich.*

Die textlichen Ausführungen werden ergänzt durch zahlreiche statistische Tabellen. Die Gesamtleitung der Untersuchung hatte E. Nowotny, der das Verständnis und die Beurteilung der vorliegenden fünf Studien durch eine ausführliche Gesamtübersicht (mit Schlußfolgerungen) erleichtert hat.

### *Ziel und Fragestellung der Untersuchung*

Als Hauptziel wird die Erarbeitung eines umfassenden Bildes des für die österreichische Wirtschaft charakteristischen „Wettbewerbsklimas“ bezeichnet. Es wurden nicht die Wettbewerbsverhältnisse auf einzelnen Teilmärkten untersucht, weil die dafür notwendigen Voraussetzungen fehlten. Die Untersuchung kann nicht und will auch nicht untersuchen, wie intensiv der Wettbewerb in verschiedenen Branchen faktisch ist, sondern wie weit die „strukturellen Voraussetzungen“ für die Entfaltung eines intensiven Wettbewerbs gegeben sind. Überdies will die Untersuchung typische Verhaltensweisen und Situationen analysieren, die für die Wirksamkeit wirtschaftspolitischer, insbesondere stabilitätspolitischer Maßnahmen von Bedeutung sein können.

Die empirische Untersuchung erstreckt sich auf die Marktstruktur (Marktformen), das Marktverhalten und die Marktergebnisse. Die Marktstruktur wird als wichtigster Indikator für die Wettbewerbsintensität angesehen.

### *Untersuchungsmethoden*

Die vorliegenden Studien stützen sich auf Begriffe, Modelle und Hypothesen der Wettbewerbstheorie, der Preistheorie und der theoretischen Wirtschaftspolitik.

Von größter Bedeutung für die Ermittlung von Marktstrukturen und besonders der Untersuchungskonzentration ist die Auswertung der Betriebs-

zählungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, der Umsatzsteuerstatistik und der Statistik des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger.

Grundlage der „subjektiven Verhaltensanalyse“ ist die standardisierte Befragung von Unternehmungsleistungen, verbunden mit Interviews. Die Preisbildung in der österreichischen Industrie wurde in einer ökonomischen Analyse untersucht.

#### *Ergebnisse der Untersuchung*

Worin besteht der positive Beitrag zur Kenntnis der Wettbewerbsverhältnisse in der österreichischen Wirtschaft, und worin sieht der Rezensent die Fragwürdigkeit der theoretischen Grundlagen, der Untersuchungsmethoden und der Schlußfolgerungen?

In zwei zusammenfassenden Tabellen werden statistische Informationen über wettbewerbs-relevante Strukturdaten für 34 Industriebranchen gegeben: Zahl der Betriebe; Umsatz; Anteil der 4 und der 8 größten Betriebe am Gesamtbeschäftigtenstand und am Gesamtumsatz der Branche; Rangordnung der Branchen nach der „durchschnittlichen Konzentrationsquote“; Import- und Exportquote.

Wertvolle Informationen vermittelt die Untersuchung der Konzentrationsgrade („concentration ratios“) aller Bereiche der Gesamtwirtschaft und der Industrie insbesondere. Erstmals wurden durch eine Sonderauswertung der Industriestatistik des Öst. Statistischen Zentralamtes die Konzentrationsgrade für die vier bzw. acht größten Betriebe der einzelnen Branchen ermittelt. Aufschlußreich ist auch eine Tabelle der Branchenreihung nach Konzentrationsgraden. Diese Tabelle zeigt auch, wie sich die Reihung (die Rangstellung) ändert, wenn die jeweiligen Import- bzw. Exportumsätze berücksichtigt werden.

Mit der auf Befragungen und Interviews beruhenden Untersuchung der branchenweisen Unterschiede im Preisverhalten der Unternehmungsleistungen wurden wichtige Informationen über die Angebots-Preisbildung (Kalkulationsformen), die Produktdifferenzierung, die Preisdifferenzierung, die subjektive Einschätzung der Preiselastizität der Nachfrage<sup>1</sup> und die subjektive Einschätzung der potentiellen Konkurrenz gewonnen.

Die Erhebungen über standardisierte Fragebogen wurden durch eine ökonomische Analyse der Preisbildung in der österreichischen Industrie ergänzt. Die Analyse der Preisgleichungen orientiert über den relativen Einfluß der drei Faktoren Kosten, Nachfrage und Außenhandelspreise. Als wesentlicher Einflußfaktor hat sich in der ökonomischen Analyse die Orientierung an den branchenspezifischen Exportpreisen ergeben.

Bemerkenswerte Ergebnisse hat die Sonderuntersuchung der Preisstreuung auf der Einzelhandelsebene. Damit stehen — für Österreich — zum ersten Mal umfangreichere Informationen über die besondere Natur von Preisverteilungen zur Verfügung. Die Anzahl der erhobenen Preisdaten, die Variationskoeffizienten und der Spearman-Koeffizient der Schiefe aller erhobenen Produkte (für Gesamtösterreich) werden in einer Tabelle zusammenfassend dargestellt.

<sup>1</sup> Die von den Unternehmen ex ante subjektiv eingeschätzten Preiselastizitäten der Nachfrage.

Methoden und Ergebnisse der vorliegenden Studien sind — nach Ansicht des Rezensenten — in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Es ist nicht gelungen, die mit jeder Team-Arbeit verbundenen Probleme befriedigend zu lösen. Je größer das Team, umso größer auch die Schwierigkeit der Erfüllung folgender Bedingungen: Möglichst gleiches wissenschaftliches Niveau der Team-Mitglieder; optimale thematische Arbeitsteilung, die auch den individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten der Mitarbeiter angepaßt ist; Herstellung eines Konsenses hinsichtlich der wirtschaftstheoretischen, methodologischen und statistischen Untersuchungsgrundlagen; Vermeidung und Ausmerzung von Wiederholungen, Überschneidungen und widersprüchlichen Interpretationen. In all diesen Punkten läßt das vorliegende Werk manches zu wünschen übrig. Die den Einzelstudien vorangestellte Gesamtübersicht läßt die entsprechenden Inkonsistenzen der Team-Arbeit nicht sichtbar werden. Es muß jedoch anerkannt werden, daß Nowotny, Walther und Suppanz auf die Problematik der für ihre Untersuchungen relevanten Begriffe und Hypothesen hinweisen. Sie ziehen aber aus dieser Einsicht nicht alle notwendigen Konsequenzen. Suppanz äußert sogar die meiner Meinung nach richtige Auffassung, „daß die ökonomische Theorie keine Kriterien für die Beurteilung der Wettbewerbsverhältnisse anbietet, die zugleich eindeutig und einer statistischen Erfassung zugänglich sind. Daten über die Marktstruktur können nur Indizien sein, lassen aber noch keinen zwingenden Schluß auf das Marktverhalten zu. Nicht minder problematisch ist es, beim Marktergebnis (etwa den Gewinnen oder der Werbung) anzusetzen, da hier mit einem fiktiven Zustand (bei herrschendem Wettbewerb) verglichen werden muß.“ (S. 368).<sup>2</sup>

Die angedeuteten Schwierigkeiten werden noch größer, wenn — wie in dem vorliegenden Werk — nicht die Wettbewerbsverhältnisse auf einzelnen Teilmärkten (Ein-Produkt-Märkten) untersucht werden, sondern wenn hochaggregierte Daten für ganze Wirtschaftsbereiche bzw. Branchen ermittelt und interpretiert werden sollen. Trotz dieser Einsichten werden — besonders im Gesamtüberblick von Nowotny — kühn verallgemeinernde Aussagen über die unterschiedlichen Wettbewerbsintensitäten im weiteren und engeren Bereichen der österreichischen Wirtschaft gemacht.

In den Einzelstudien wird mit dem Begriff „Oligopol“ gearbeitet, ohne auf das in der Fachliteratur diskutierte Problem einzugehen, wie denn das „Oligopol“ gegen das „Polypol“, und das „enge“ gegen das „weite Oligopol“ eindeutig abgegrenzt werden können. Im übrigen gibt es keine allgemein anerkannte Oligopoltheorie, und die Versuche der Analyse des Preisverhaltens bei speziellen Formen des Oligopols haben zu keinen eindeutigen Ergebnissen geführt.

In mehrfacher Weise zeigen die Ausführungen der Gesamtübersicht und der Schlußfolgerungen Widersprüchlichkeiten:

1. Die dominierende Bedeutung des Imports und Exports für die Wettbewerbsverhältnisse wird betont. Trotzdem werden aufgrund der inländischen Marktstrukturen Urteile (allerdings nur in der Form von Vermutungen) über die unterschiedlichen Wettbewerbsverhältnisse in weiteren und engeren Wirtschaftsbereichen und Branchen gefällt.

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die analogen Auffassungen von A. Woll (Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 6. A., 1978, 169) und von F. U. Willeke, Wettbewerbspolitik, 1980, 8 ff. und 38 f.

2. Einerseits wird deutlich gesagt, daß die empirischen Untersuchungen keine Aussagen über die faktischen Wettbewerbsintensitäten zulassen, sondern nur Aussagen über verschieden günstige strukturelle Bedingungen für die Entfaltung eines intensiven Wettbewerbs. Andererseits werden aber doch Aussagen über faktische Wettbewerbsintensitäten in verschiedenen Wirtschaftsbereichen gemacht.

Infolge der von den Verfassern selbst betonten Schwierigkeiten theoretischer, methodischer und statistischer Art mußte das „Gesamtergebnis“ in qualitativer und noch mehr quantitativer Hinsicht hochgradig unbestimmt sein. Die empirischen Ermittlungen der fünf Einzelstudien lassen nach Auffassung des Rezensenten keine eindeutigen sondern verschiedene, ja sogar gegensätzliche Schlußfolgerungen für die „Wettbewerbsintensität in der österreichischen Wirtschaft“ zu.

Th. Pütz, Salzburg

*Mackscheidt, Klaus und Jörg Steinhausen: Finanzpolitik I — Grundfragen fiskalpolitischer Lenkung. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage 1978. 196 S. kart. DM 22,80 sowie Finanzpolitik II — Grundfragen versorgungspolitischer Eingriffe, 1977. 212 S. kart. DM 22,80. wisu-texte, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen und Werner-Verlag Düsseldorf.*

1. Eine Beurteilung der zweibändigen Finanzpolitik hinsichtlich ihrer Vollständigkeit ist mir schlechterdings unmöglich. Die Grenze zwischen Finanztheorie und Finanzpolitik ist mindestens so zerfasert wie zwischen allgemeiner Volkswirtschaftstheorie und allgemeiner Wirtschaftspolitik. So nimmt es nicht wunder, daß Mackscheidt und Steinhausen einerseits Überlegungen präsentieren, die den Rahmen einer Finanztheorie durchaus nicht sprengen würden (vor allem erster Band, Teil B, Kapitel I und II); andererseits könnte man sich z. B. Fragen der Wachstumspolitik ausführlicher behandelt vorstellen als im Rahmen einer Darstellung des Stabilitätsgesetzes (erster Band, Teil E, Kap. I). Die Bücher, als vorlesungsbegleitende Skripten entstanden (vgl. Vorworte), tragen den Stempel des Kompromisses zwischen dem Vollständigkeitsstreben und der für finanzwissenschaftliche Lehrveranstaltungen verfügbaren Zeit. Es bleibt freilich die Frage, warum dem Selektionsproblem, dem der Kathederdozent nicht ausweichen kann, sich auch der Lehrbuchschreiber unterwirft.

2. Der Einteilung des Gesamthaltens in Stabilisierungs- und Versorgungspolitik aus *didaktischen Gründen* könnte ich folgen. Prinzipielle Unterschiede zwischen beiden vermag ich nicht zu erkennen. Vermeintliches oder tatsächliches Marktversagen liefert den Anlaß für staatliches Eingreifen hüben wie drüben. Konjunkturen zu stabilisieren, bedeutet für mich ebenso öffentliche Leistungserstellung wie die Maßnahmen zum Abbau sozialer Spannungen (auch eine Art von Stabilisierungspolitik). Ansätze, die Preisniveaustabilität als öffentliches Gut auffassen, sind ja auch nicht gerade Außenseiterliteratur. Mir wäre übrigens die Behandlung des Gesamtkomplexes „Regulierung des Marktprozesses“ als gesonderter Teil der Finanzpolitik sympathischer. Nebenbei bemerkt: ob das Entstehen der „Spielregeln“, die das menschliche Zusammenleben ordnen, zur öffentlichen Produktion im Sinne der üblichen Theorie zu rechnen ist, scheint mir in höchstem Maße fraglich zu sein. Möglicherweise bin ich indes gar nicht so weit von der Ansicht der Autoren entfernt (vgl. erster Band, S. 8 f.); dann ist die Betonung der Unterschiede im zweiten Band, Teil A, Kap. I allerdings etwas irreführend.

3. Teil A des ersten Bandes kennzeichnet Gegenstand und Funktion der Finanzpolitik. Während Kap. I eher als allgemeine Einführung in den Problembereich gedacht sein dürfte, nehmen die beiden nächsten Kapitel die Fiskalpolitik *expressis verbis* ins Visier. Soweit darin rein finanzwirtschaftliche Fragen angesprochen sind, ließe sich die Darstellung unschwer verallgemeinern, so daß sie danach die gesamte Finanzpolitik überdecken würde; das gilt hinsichtlich der Bestimmung des Aktionsprogramms (Kap. II), noch mehr bezüglich der Überlegungen, die den Problemen der Gewaltenteilung gewidmet sind (Kap. III).

Der Teil B enthält die theoretische Grundlegung der Fiskalpolitik anhand eines einfachen postkeynesianischen Modells; Kap. I präsentiert ein Festpreismodell einer geschlossenen Volkswirtschaft, Kap. II zwei Modellerweiterungen: die eine nimmt Rücksicht auf Preisbewegungen, die andere führt den Außenhandel in das Grundmodell ein. Das sog. „reale System“ des Modells bedarf der Interpretation (während das sog. „monetäre System“ sich eindeutig als Modell des Geldmarktes identifizieren läßt). Aus dem Kontext, insbes. S. 32 sowie Kap. II, 1, läßt sich ablesen, daß in Anlehnung an gängige Lehrbuchliteratur der Markt für produzierte Güter gemeint ist. Dann freilich tauchen die von öffentlichen Kassen direkt an private Haushalte gezahlten Faktorentgelte — vor allem also Arbeitslöhne — in der ganzen Analyse nicht auf;  $Y$  entspricht damit dem Beitrag der privaten Sektoren zum Nettosozialprodukt. Diese Deutung impliziert ungeklärte Annahmen über den Bedarf der öffentlichen Haushalte an Transaktionskasse. Enthalten die „Staatsausgaben in Form von Käufen“ dagegen auch die öffentlichen Faktorentgelte an die privaten Haushalte ( $Y$  ist dann das gesamte Nettosozialprodukt; die „Güternachfrage“ des Modells setzt sich dabei aus der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach laufender Produktion und der Staatsnachfrage nach Faktorleistungen zusammen), so ist die Beschäftigungswirkung einer Erhöhung der Staatsausgaben in Form von Käufen nicht eindeutig, und die gesamtwirtschaftliche Produktionsfunktion, ein wichtiger Baustein der ersten Modellerweiterung im Kap. II, 1 ist kaum verständlich. Man muß überhaupt bedauern, daß die Analyse der Wirkungen, die von Änderungen der öffentlichen Nachfrage am Arbeitsmarkt ausgehen, nicht in Angriff genommen wird, obwohl die Grundlagen dafür mindestens teilweise gelegt sind (II, 1). Daß von Preisbewegungen kein Einfluß auf die Lage der  $IS$ -Kurve ausgeht (S. 50 f.), liegt an der Art der Konsumhypothese (Realkonsum als Funktion ausschließlich des verfügbaren Realeinkommens) und an der Investitionsfunktion (Realinvestitionen sind ausschließlich vom nominellen Marktzinssatz abhängig). Man könnte sich durchaus plausible Konsum- oder Investitionsfunktionen vorstellen, die für eine Verschiebung der  $IS$ -Kurve sorgen, wenn Güter- oder Faktorpreise sich ändern (NB: Daß neben dem Steuervolumen auch die Steuerstruktur die Konsumnachfrage beeinflusst und daß beide die Investitionsnachfrage mitbestimmen, sollte in einem finanzpolitischen Lehrbuch wenigstens angedeutet werden). Daß in II, 2 die Tür zu Modellen offener Wirtschaften weit aufgestoßen wird, daß weiterhin stets Geld- und Fiskalpolitik hinsichtlich ihrer stabilisierungspolitischen Effizienz gegeneinander abgewogen werden, ist lobend hervorzuheben. Indes sollen zwei Überlegungen nicht verheimlicht werden. Die erste betrifft den Umstand, daß ein „Gleichgewicht“ der Modellwirtschaften mit einem Budgetdefizit oder -überschuß verbunden sein kann. Je nach Finanzierung des Defizits (Verwendung des Überschusses) ist in diesen „Gleichgewichten“ das monetäre System nicht in der Ruhelage: Es mag sein „Gleichgewicht“ permanent ändern (so verschiebt eine notenbankfinanzierte Erhöhung der öffent-

lichen Güterkäufe die *LM*-Kurve in jeder Periode c. p. weiter nach rechts). Die Vernachlässigung solcher Langfristeffekte läßt sich mit der Idee eines Haushaltsausgleichs über den ganzen Zyklus hinweg nicht hinreichend motivieren; und damit komme ich zur zweiten Überlegung. Konjunkturpolitik ist Kampf gegen Ungleichgewichte, z. B. das Bemühen, Ausschläge des Wirtschaftsprozesses um ein dynamisches Gleichgewicht zu dämpfen. Konjunkturpolitische Empfehlungen aus einer komparativ-statischen Analyse abzuleiten (wie in dem Buch praktiziert), ist höchstens dann zulässig, wenn die Gleichgewichte stabil sind und darüber hinaus das System sich seinem Gleichgewicht monoton nähert (man muß also Eigenschaften des Systems fordern, die Konjunkturpolitik fast überflüssig machen). Ist ein Gleichgewicht dazu noch in Bewegung, so muß man wissen, wohin die Reise geht. Zugegebenermaßen sollte man den finanzwissenschaftlichen Anfängerstudenten nicht mit dynamischer Analyse verprellen; er sollte indes von der Tragfähigkeit der ihm angebotenen Analyseinstrumente zutreffende Vorstellungen haben.

Im Teil C behandeln die Autoren unter Rückgriff auf die Theorie des Teils B die verschiedenen Verfahren der Fiskalpolitik: Im Kapitel I neben der Anpassungs- und Parallelpolitik vor allem das Deficit-Spending und Deficit without Spending einschließlich der notwendigen oder wenigstens wünschenswerten Unterstützung durch die Geldpolitik, im Kapitel II die Probleme zyklusorientierter diskretionärer Verfahren, im Kapitel III eingebaute und Formelflexibilität als zyklusorientierte Regelbindungen, im Kapitel IV zyklusunabhängige Regelbindungen. In den Rahmen der letzteren gehört der „konjunkturgerechte Haushalt“ wohl nicht mehr. Im übrigen werden die ökonomischen sowie politischen Wirkungen und Bedingungen sorgfältig diskutiert.

Der Teil D dient einer umfassenden kritischen Auseinandersetzung mit der Fiskalpolitik. Ob man nach dem Abriß der monetaristischen Position (Kap. I) mit der besonderen Betonung auf der These, die Fiskalpolitik übersteuere (Kap. II), und den Überlegungen, die Fiskalpolitik nur als letztes Sicherheitsnetz der Konjunkturpolitik aufzuspannen oder gar endgültig in die Rumpelkammer wertloser Requisiten zu verbannen (Kap. III), dem Plädoyer für die Fiskalpolitik (Kap. IV) folgen will, hängt von der Beurteilung mehrerer kontroverser Verhaltenshypothesen ab. Mir ist die Empfehlung, bei der Planung der öffentlichen Aktivitäten von einer deutlich vorsichtigen Wachstumsschätzung auszugehen, nicht nur wegen des stabilisierungspolitischen Vorteils sympathisch. Nur traue ich den auf absehbare Zeit in unserem Lande bestimmenden politischen Kräften nicht zu, daß sie sie auch nur ernsthaft erwägen. Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus den Teilen B, C, D bringt Teil E schließlich eine Darstellung und kritische Würdigung des Stabilitätsgesetzes.

4. Den zweiten Band könnte man eher als eine *Grundlegung der Finanzpolitik* auffassen. Der Teil A ist in seinen Kapiteln II ff. der Frage nach den Anlässen staatlicher Aktivität gewidmet (Kapitel I stellt Versorgungs- und Stabilisierungspolitik gegenüber; siehe oben), Teil B behandelt die optimale Staatswirtschaftsquote, Teil C den Zusammenhang von Zielen und Programmen der Versorgungspolitik, Teil D die Aufgabenzuweisung auf die Träger öffentlicher Produktion in einer arbeitsteiligen (föderalen) öffentlichen Wirtschaft, Teil E die Instrumente der Versorgungspolitik (vgl. S. 4).

Die Begründung staatlicher Aktivität aus Marktversagen (Teil A, Kap. II) berücksichtigt für meine Begriffe die Möglichkeit von Planversagen zu

knapp. Darauf geht Kap. IV ausführlicher ein. Die Aussage, daß Planwirtschaft gegenüber der Marktwirtschaft „den Vorteil vielschichtiger Zielverarbeitung hat“ (S. 32; vgl. auch S. 22) ist nicht belegt und für mich zweifelhaft (Informationsproblem!). Der ideengeschichtliche Abriss und Wagners Gesetz (Kap. III) haben für eine einigermaßen erschöpfende Behandlung zu wenig Raum.

Ich wundere mich auch darüber, daß im Teil B die Modelle von Lindahl, Samuelson und Musgrave zur Bestimmung des optimalen Budgetvolumens nicht einmal erwähnt sind. Für meine Begriffe gehören sie in das Kap. I. Übrigens: Die Pluralitätswahl stellt keine höheren Anforderungen an die Urteilsfähigkeit des Wählers als die Mehrheitswahl; in beiden Fällen ist die Existenz (für jeden Wähler) einer nichtleeren, nichttrivialen, nichtsymmetrischen, vollständigen und transitiven Relation „nicht schlechter als“ auf dem Alternativenbereich notwendig und hinreichend (vgl. dagegen S. 45).

Die Verfahren zur Entwicklung von Programmen (Teil C, Kap. II, 2) sind so kurz dargestellt, daß nur der sehr gut informierte Leser sich unter ihnen etwas vorstellen kann. Im übrigen fehlt der Hinweis auf Techniken zur Berechnung optimaler Kompromisse (z. B. *Blin*, *Blin / Fu / Watson*, *Rödding*, *Bartnick*).

Die in Teil D, Kap. IV angesprochenen Fragen des Finanzausgleiches kommen zu kurz weg.

5. In ähnlicher Weise wie gelegentlich Lehrbuchautoren unterliegen Rezensenten dem Diktat der Platzbeschränkung. Meine Lösung des entsprechenden Selektionsproblems wird dem Leser unweigerlich einen bias bezüglich meiner Einschätzung der Finanzpolitik von Mackscheidt/Steinhausen erzeugen. Dennoch mag ich keine Variante präsentieren; ich müßte Hinweise streichen, die für die Autoren bei der Vorbereitung einer weiteren Auflage des Werkes vielleicht wichtig sind. Der Beliebtheit des Werkes bei den Studenten werden diese Hinweise ohnehin keinen Abbruch tun. Allein die unter didaktischen Gesichtspunkten hervorragende Organisation der Bände dürfte das verhindern:

- Neben der zu den Teilen eigens aufgeführten Literatur gibt es am Anfang jedes Bandes grundlegendes Schrifttum mit Spezialhinweisen am Ende der Teile.
- Die Kontrollfragen am Ende eines jeden Teils und die Musterantworten dazu in den Anhängen geben dem Studenten Sicherheit über den Grad seines Verständnisses.
- Viele Tabellen, die den Inhalt des Kontextes systematisch zusammenfassen, erleichtern die Repetition und helfen, Übersicht zu gewinnen.

Ich bin überzeugt, daß das Werk „ankommt“.

H. H. Nachtkamp, Mannheim

Hemmer, Hans-Rimberg: *Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer*. Vahlen, München 1978. 544 S., flex. gebunden, DM 58,—.

Mit diesem neuen Lehrbuch hat Hemmer auch gleichzeitig ein Handbuch vorgelegt. Schon der Umfang und ein Blick auf die detaillierte Gliederung lassen eine umfassende Information über die wesentlichen Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer erwarten. Die Probleme der Vergabe von Entwicklungshilfe in den Geberländern, wie sie in entwicklungspolitischen Büchern oft behandelt werden, fällt durch die Beschränkung auf die Entwicklungsländer jedoch aus der Betrachtung heraus. Die theoretische Grundposition dieses Lehrbuches wird deutlich, wenn Hemmer in der Einleitung ausführt, daß er nicht der Meinung ist, eine eigene „Ökonomie der Entwicklungsländer“ sei erforderlich, sondern, „daß die Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer durchaus im Rahmen der traditionellen Theorie erfaßt werden können“. So wird auch im folgenden immer wieder versucht, das auch dem aufmerksamen Studenten der Grundausbildung in Ökonomie schon bekannte traditionelle Instrumentarium der Mikro- und Makroökonomie auf die Entwicklungsländerprobleme anzuwenden. Dabei legt Hemmer erst die Grundlagen, indem er die Lage in den Entwicklungsländern, die entwicklungspolitischen Ziele und die Wirtschaftsordnungsproblematik erläutert, dann zur Begründung des unzureichenden Entwicklungszustandes in den Entwicklungsländern übergeht, um schließlich die sektoralen Entwicklungsstrategien zu diskutieren und in den letzten beiden Abschnitten auf die Möglichkeit der Finanzierung dieser Entwicklungsstrategien durch makroökonomische Eigenfinanzierung und Auslandshilfe zu kommen.

Bei der Darstellung der Lage in den Entwicklungsländern wird erst einmal ausführlich auf die terminologischen Grundlagen eingegangen. Dies ist gerade bei einem Gebiet wie der Entwicklungsökonomie besonders wichtig, sind hier doch die häufig wechselnden Definitionen und Begriffe stark von der Politik beeinflußt. Daran schließt eine recht ausführliche Diskussion über die Indikatoren zur Messung der Entwicklung an, die in ihrer Verbindung zu den theoretischen Konzepten und der Anwendung auf Entwicklungsländer als besonders gelungen angesehen werden muß. Vielleicht hätte hier aber noch etwas klarer darauf eingegangen werden sollen, daß die Anlegung verschiedener Indikatoren durchaus zu widersprüchlichen Ergebnissen über einen Entwicklungsfortschritt führen kann. Für den Studenten besonders hilfreich sind auch hier die recht umfangreichen statistischen Angaben.

Bei der darauf folgenden Behandlung der entwicklungspolitischen Ziele beginnt Hemmer zuerst mit der Unterscheidung in ökonomische, gesellschaftliche und politische Entwicklungsziele, um sich dann seiner Aufgabe als Ökonom entsprechend auf die wirtschaftlichen zu beschränken. Bei der anschließenden Behandlung der Allokations-, Verteilungs- und Wachstumsziele gibt er einige mikroökonomische Hinweise, die jedoch nur verständlich sind, wenn Vorkenntnisse z. B. aus einer mikroökonomischen Vorlesung vorliegen. Gut ist dies aber als Wiederholung für den Studenten und als Beispiel für die Anwendung dieses Instrumentariums auf die konkreten Entwicklungsprobleme.

Im nächsten Unterabschnitt wird dann die Wirtschaftsordnungsproblematik abgehandelt. Wie auch im vorherigen Abschnitt über die Entwicklungsziele ergeben sich hier kaum entwicklungsländerspezifische Gesichtspunkte außer dem, daß in Entwicklungsländern die administrativen Fähigkeiten besonders begrenzt sind. Dies schafft aber sowohl für die Marktwirtschaft (z. B. bei öffentlichen Gütern) als auch für die Zentralverwaltungswirtschaft Probleme,



wenn sie auch für die Zentralverwaltungswirtschaft sicher größer sind. Die Diskussion über die Lenkungkosten vernachlässigt, daß auch in der Marktwirtschaft geplant wird und damit in den Betrieben Planungskosten anfallen, die in einer Zentralverwaltungswirtschaft auf andere Ebene verlagert werden. Diese Kosten müßten zumindest gegeneinander aufgerechnet werden, um zu einem Urteil darüber zu kommen, wo die Lenkungkosten größer sind. Die Art der Behandlung sowohl der Entwicklungsziele als auch der Wirtschaftsordnung bei Hemmer zeigt, wie weit hier die Thematik der Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer gefaßt wird.

Im zweiten Abschnitt geht Hemmer auf die Ursachen von Unterentwicklung ein und beginnt mit der These der unzureichenden Faktorausstattung. Nachdem die wachstumstheoretischen Grundlagen kurz dargestellt wurden, überprüft er ihre Relevanz anhand der Gegebenheiten in den Entwicklungsländern. Dabei lehnt er die Bevölkerungsexplosion und den Mangel an natürlichen Ressourcen als hinreichende Begründung für Unterentwicklung ab, um sich dann auf die Frage der unzureichenden Kapitalbildung zu konzentrieren. Ebenfalls findet in diesem Abschnitt die neuere Diskussion über die Humankapitalbildung in Entwicklungsländern Eingang. Als etwas zu negativ beurteilt erscheinen mir hier die Theorien der Teufelskreise (zirkuläre Verursachung). Denn letztlich lassen sich in diesen Theorien die Begründungen für die unzureichende Ersparnisbildung auch so interpretieren, daß die Zeitpräferenzrate der Wirtschaftssubjekte sehr hoch (im Extremfall unendlich hoch) wird. Dann wäre aber auch bei der von Hemmer bevorzugten Betrachtungsweise eine Ersparnisbildung nicht optimal. Auch das Anführen historischer Erfahrung dafür, daß selbst sehr arme Länder sich Prachtbauten oder Kriege leisteten, ist kein schlagendes Gegenargument gegen die Hypothese einer extrem hohen Zeitpräferenzrate. Kann hier doch vielmehr vermutet werden, daß durch die politischen Strukturen zu diesen Zeitpunkten eben gerade eine nicht den Zeitpräferenzraten entsprechende Ersparnisbildung erzwungen wurde. Dies wäre aber dann nach Hemmers Kriterien ein unteroptimaler Zustand. Letztlich zeigt sich hier nur, wie wenig fruchtbar für die ökonomische Analyse ein Konzept des rein physischen Existenzminimums ist.

Im folgenden werden dann die Einwendungen gegen den internationalen Handel angeführt, die üblicherweise erhoben werden, wenn Unterentwicklung als Folge des internationalen Handels dargestellt wird. Hier beschränkt sich Hemmer auf die Ansätze von Perroux, Myrdal zur Wirkungsweise internationaler Kontereffekte und die bekannte Diskussion des terms of trade Arguments. Dabei werden die verschiedenen Konzeptionen der terms of trade dargestellt und die Hypothese der sinkenden terms of trade für Entwicklungsländer kritisiert. Dies geschieht sowohl statistisch als auch methodisch. Selbstverständlich kann auch Hemmer nicht exakt angeben, ob dieses Argument zutreffend ist oder nicht.

Diejenigen Einwendungen, die insbesondere von der neomarxistischen Schule in Lateinamerika und Frankreich gegen den internationalen Handel für Entwicklungsländer erhoben werden (z. B. der ungleiche Tausch von Emmanuel), werden hier nicht behandelt. Dies würde jedoch wahrscheinlich auch den Rahmen eines einführenden Lehrbuches sprengen, denn dazu wäre einiges an marxistischer Theorie darzustellen.

Als die letzten beiden Begründungskomplexe für Unterentwicklung werden dann die dualistischen Wirtschaftsstrukturen und die stufentheoretischen Erklärungsansätze angeführt. Unter die stufentheoretischen Erklärungsansätze

sätze wird hier die marxistische Entwicklungstheorie und die Rostow'sche Stadienlehre subsumiert. Dabei wird auch aufgezeigt, daß letztlich der Marxismus nur in seiner Entwicklung als Imperialismustheorie eine Erklärung für Unterentwicklung geben kann aber nicht in seiner Interpretation als Stufentheorie. Die Rostow'sche Stadienlehre wiederum gibt überhaupt keine Begründungszusammenhänge für Unterentwicklung an, sondern höchstens Perspektiven für die Weiterentwicklung bestimmter Entwicklungsformationen.

Im nun folgenden dritten Hauptteil werden die wohl immer wieder notwendigen Standardfragen zu den Entwicklungsstrategien behandelt. Es werden balanced und unbalanced growth gegenübergestellt, die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Industrie, und schließlich Importsubstitutions- und Exportförderungsstrategie diskutiert. Nicht unbedingt selbstverständlich ist die Behandlung der Cost-Benefit-Analyse in diesem Kapitel.

Begrüßenswert wäre es gewesen, wenn hier auch ein wenig auf die historischen Bedingungen für die Diskussion um die verschiedenen Fragen eingegangen worden wäre, z. B. inwiefern die Diskussion um die verschiedenen Strategien in bestimmten Entwicklungsdekaden im Vordergrund stand, heute z. B. die Strategie der Befriedigung der Grundbedürfnisse. Ebenso wäre die Lesbarkeit dieser Abschnitte sicher dadurch erleichtert worden, daß in einer größeren Zahl Anwendungsbeispiele für diese Theorien gegeben worden wären. Darüber hinaus hätte der Frage der angepaßten Technologien entsprechend ihrer Bedeutung in der internationalen Diskussion etwas mehr Platz eingeräumt werden können, z. B. zu Lasten der steuerpolitischen Maßnahmen zur Industrieförderung.

Nun geht es darum aufzuzeigen, wie der Entwicklungsengpaß Kapitalbestand reduziert werden kann. Hierbei wird zuerst auf die makroökonomische Eigenfinanzierung eingegangen und die finanzpolitischen, geldpolitischen und durch Inflation bedingten Möglichkeiten der Ersparnisbildung angeführt. Etwas verwirrend ist hierbei jedoch die Darstellung der inflationären Preissteigerungen. Wird hier doch eine gesamtwirtschaftliche Angebotsfunktion dergestalt benutzt, daß der reale Output vom nominalen Preisniveau abhängig gemacht wird. So kommt Hemmer denn auch zum Ergebnis, daß eine durch eine größere Geldmenge verursachte Preisniveauveränderung zu einem höheren realen Sozialprodukt führt. Aus der weiteren Qualifizierung im Text kann zwar geschlossen werden, daß im Grunde genommen hier das Angebot nicht vom Preisniveau, sondern vom Reallohniveau abhängig gemacht werden soll, doch dies ist nicht klar gesagt. Insofern ist diese Darstellung zumindest mißverständlich. Ebenso wird in diesem Abschnitt die Darstellung einer einmaligen Preisniveauveränderung und die Darstellung von inflationären Prozessen nicht klar auseinandergelassen.

Im letzten Abschnitt werden dann die Möglichkeiten der Auslandshilfe dargestellt. Hierbei beschränkt sich Hemmer nicht nur auf die Finanzierungshilfe in Form von Kapitalhilfe, sondern auch auf das, was er als Handelshilfe bezeichnet (obwohl Systeme wie z. B. buffer-stocks nicht schon unabhängig von ihrer Finanzierungsform Hilfe darstellen). Hierbei handelt es sich um einen relativ vollständigen Überblick über die verschiedenen Formen von Kapital- und Handelshilfe. Begrüßenswert ist auch die Aufnahme der Problematik des Link in diesen Abschnitten, denn sie wird auch noch auf längere Sicht hin währungspolitisch diskutiert werden. Das eindeutig ablehnende Fazit bei Hemmer braucht jedoch nicht geteilt zu werden, sind doch die wesentlichen Einwendungen gegen den Link, wie sie auch Hemmer hervor-

bringt, durchaus dadurch zu umgehen, daß die Bestimmung des Umfanges der zusätzlichen Sonderziehungsrechte so geregelt werden könnte, daß nicht die Entwicklungsländer sondern nur die Nachfrager nach Devisenreserven diese bestimmen.

Insgesamt hat Hemmer ein umfassendes Lehrbuch zu den Wirtschaftsproblemen der Entwicklungsländer vorgelegt. Ich glaube, daß dieses Buch sich zu einem Standardwerk für den Studenten entwickeln wird, der sich mit der Entwicklungsländerproblematik beschäftigt. Hierfür sind der Umfang der abgedeckten Gebiete, der relativ neue Stand sowohl der Daten als auch der theoretischen Diskussion, die klare Darstellungsweise, die sich auch nicht davor scheut, in Form von Erinnerungshilfen teilweise aus Grundvorlesungen Bekanntes zu wiederholen, und nicht zuletzt die hilfreichen Literaturangaben bei jedem Kapitel und auch im Text maßgebend.

Michael Krakowski, Hamburg

*Köllmann, W.* (Hrsg.): Quellen zur Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftsstatistik Deutschlands 1815 - 1875. Bd. 1: Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815 - 1875. Bearbeitet von *Antje Kraus*. (Harald Bold Verlag) Boppard am Rhein 1980. 360 S. DM 170,—.

„Moderne sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung kann auf Quantifizierung nicht mehr verzichten.“ (W. Köllmann im Vorwort, S. V.) Trotz dieser nicht mehr neuen Erkenntnis sind Quellenwerke zur historischen Statistik, wie wir sie hier mit dem ersten Band einer zweiteilig angelegten Edition vor uns haben, zumindest für Deutschland und das 19. Jahrhundert noch immer eine Seltenheit. Dieser bedauerliche Mangel erklärt sich einmal aus der lange anhaltenden Reserviertheit deutscher Historiker gegenüber der quantitativen Analyse historischer Prozesse. Der andere Grund liegt in der bis 1875 — dem Beginn der Statistik des Deutschen Reichs — unübersichtlichen und uneinheitlichen Quellenlage: Klein- und Vielstaaterei machen es schwer, Daten für das gesamte Deutschland zu beschaffen; unterschiedliche Zählmethoden und z. T. -jahre komplizieren die Herstellung langer Reihen von ‚harten‘ Daten.

Vor solchen Schwierigkeiten stand auch die Bearbeiterin des nun nach 17 Jahren vorliegenden Bandes zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. Daß er zu Ende gebracht wurde, ist ihr zu danken. Das Buch selbst enthält neben einer Einleitung (S. 1 - 12), die erste Interpretationshilfen geben will und auf Sonderentwicklungen in der Bevölkerung einzelner Staaten hinweist, 48 zwei- und 5 einteilige Tabellen. Ausgehend vom Gebietsstand des Deutschen Reiches von 1871 wurde versucht, für jeden deutschen Staat sowie für die einzelnen preußischen Provinzen ab 1815 im ersten Abschnitt jeder Tabelle Material zu folgenden Bereichen zusammenzustellen: Einwohnerzahl, Eheschließungen, Geborene, Tot- und Lebendgeborene, unehelich Geborene, Gestorbene ohne Totgeborene, Gestorbene. Aus diesen Angaben errechnet wurden Geborenenüberschuß, Bevölkerungszunahme sowie die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate und die Wanderungsbilanz (= Differenz zwischen Einwohnerzahl und Geborenenüberschuß bzw. -defizit). Die Zähljahre sind durch Fettdruck ausgewiesen. Im Teil b der Tabellen wird im allgemeinen für diese Jahre nach Geschlechtern sowie nach Altersklassen (i. a. unter 14, 14 - 60, 61 Jahre und darüber) untergliedert; hieraus

lassen sich Rückschlüsse auf das Arbeitskräftepotential ziehen. Zu allen Spalten sind die jeweiligen Prozentzahlen mit angegeben und ersparen so dem Benutzer eigene Rechnungen. Leider existiert aufgrund der unterschiedlichen Zähljahre und z. T. fehlender Angaben für die zusammenfassende Tabelle 53 (Deutsches Reich mit Elsaß-Lothringen) kein Teil über die Alters- und Geschlechtsgliederung. Zumindest hätte hier eine Schätzung gegeben werden können, was den Wert gerade der übergreifenden letzten Tabelle wesentlich erhöht hätte.

Im ganzen ist dieses Tabellenwerk eine Fundgrube für jeden, der sich mit der regionalen oder gesamtdeutschen Bevölkerungsentwicklung und ihren Folgen beschäftigen will. Über die Qualität seiner Daten erfährt er zudem aus den von der Bearbeiterin dankenswerterweise zusammengestellten Zählvorschriften. Es empfiehlt sich, sie sorgsam zu lesen. Daß frühe Zählungen relativ mehr mit Fehlern behaftet sind, wird von Frau Kraus ebenfalls betont. Hier ist die Spezialforschung aufgerufen, gesicherte Daten zu liefern.

Die Schwachstelle des Buches liegt m. E. in dem sehr kleinen Anmerkungsapparat und in Ungereimtheiten in der Quellenangabe. Als Beispiel sei hier herausgegriffen die Tabelle 4a (Königreich Sachsen). Für die Spalten 3 (Eheschließungen), 4 (geborene) und 9 (Gestorbene) ist für die Jahre 1816 - 1875 als Quelle die Zeitschrift des Königlich Sächsischen Statistischen Landesamtes 53 (1907), S. 176 angegeben. Abgesehen davon, daß die Angaben dort und auch im Buch erst 1827 beginnen und die Spalte 3 mit der Quelle übereinstimmt, ist aber in der Zeitschrift die Spalte 9 nicht verzeichnet, sondern nur Gestorbene ohne Totgeborene (das ist im Buch die Spalte 8, für die jedoch keine Quelle angegeben ist). Außerdem weichen in Spalte 4 die Angaben für die Jahre 1841 - 1848 von der Quelle ab; offensichtlich hat hier die Bearbeiterin eine andere herangezogen. Welche es war und warum sie benutzt wurde, hätte eine Anmerkung klären müssen.

Solche ‚Kleinigkeiten‘ verursachen beim Benutzer ein gewisses Unbehagen. Trotzdem soll damit aber nicht das Verdienst geschmälert werden, das sich die Bearbeiterin mit einem solchen Quellenwerk erworben hat. Es ist ein nützliches und wichtiges Buch, das hoffentlich dazu beitragen wird, weitere Arbeiten zur historischen Statistik anzuregen.

*Jutta Wietog, Berlin*